

böhlau

WIRTSCHAFTS- WACHSTUM

EINE BEDROHUNG?

FELIX BUTSCHEK

böhlau

Felix Butschek

WIRTSCHAFTSWACHSTUM – EINE BEDROHUNG?



2016

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR



Gedruckt mit der Unterstützung durch die MA7, Kulturabteilung der Stadt Wien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2016 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H. & Co. KG, Wien Köln Weimar
Wiesingerstraße 1, A-1010 Wien, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Korrektur: Stefan Galoppi, Korneuburg
Grafiken/Übersichten: Christa Magerl, Wien
Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Michael Rauscher, Wien
Druck und Bindung: Theiss, St. Stefan im Lavanttal
Gedruckt auf chlor- und säurefrei gebleichtem Papier
Printed in the EU

ISBN 978-3-205-20061-1

Meiner Enkelin Monica

Inhalt

Vorwort	9
1. Die Wurzeln des Zeitgeistes	13
1.1 Von der Expansion zur Stagflation	13
1.2 Die neuen Ideologien	18
2. Die Entstehung des Kapitalismus	25
2.1 Die Wiege des europäischen Individualismus	25
2.2 Die Dynamik des europäischen Mittelalters	30
2.3 Der Merkantilismus – die Phase der Vorbereitung	36
2.4 Der Durchbruch	39
2.5 Catching up und Stagnation	42
3. Alternativen zum Kapitalismus?	47
3.1 Die Funktionsweise der Marktwirtschaft	47
3.2 Planwirtschaft in der Realität	50
4. Die Intellektuellen und der Kapitalismus	54
4.1 Wer ist ein Intellektueller?	54
4.2 Eine historische Aversion	56
5. Die Überwindung des Wachstums	61
5.1 Die historischen Ansätze	61
5.2 Die Messung der Wohlfahrt	69
5.3 Wohlfahrt ohne Wachstum?	73
6. Eine Frage des Überlebens?	82
6.1 Die ökologische Schranke	82
6.2 Nachhaltigkeit – der Kompromiss?	88

7. Die Revokation der Industriellen Revolution?	93
7.1 Die ökologische Katastrophe – eine Chimäre?	93
7.2 Von der passiven zur aktiven Umweltpolitik	103
7.3 Von Faust zum Rentner?	115
8. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen – auf dem Weg zur Erziehungsdiktatur?	130
Literaturhinweise	141
Sachregister	147
Personenregister	149

5. Die Überwindung des Wachstums

5.1 Die historischen Ansätze

Um die sich gegenwärtig intensivierende Wachstumskritik einschätzen zu können, scheint es sinnvoll, über die generelle Darstellung Kahans hinaus zu prüfen, ob nicht bereits in der Vergangenheit konkrete Kritik am kapitalistischen System geübt und Vorstellungen entwickelt wurden, es zu überwinden. Tatsächlich stellten mehrere Autoren solche Überlegungen an und zwar keineswegs nur romantische Intellektuelle, sondern auch renommierte Nationalökonomien. Man müsste daher im Sinne der in Kapitel 4.1 präsentierten Definitionen hier von »Expertenintellektuellen« sprechen.

Als einer der Ersten ventilierte ein Klassiker der ökonomischen Theorie, John Stuart Mill, derartige Gedanken. Sein berühmtes Werk »Principles of Political Economy« enthält ein Kapitel »Of the Stationary State«. Darin vertritt er die Auffassung, dass sich jede dynamische Wirtschaft auf ein Ziel hin bewegen müsse und die Frage zu stellen sei, welches Bild der Endpunkt dieses Prozesses bieten werde. Das Wachstum des Wohlstandes erfolge nicht unlimitiert, und an seinem Ende stehe der stationäre Staat. Und dieser sei auch anzustreben, weil die individuellen Antriebe der Expansion verwerflich seien: »... that the trampling, crushing, elbowing, and treading on each other's heels, which form the existing type of social life, are the most desirable lot of human kind ...« (Mill, 1888, S. 453).

Dieser Übelstand wäre nur deshalb akzeptabel, weil er den allgemeinen Wohlstand steigern. Es sei aber nicht einzusehen, warum Reiche ihr Vermögen noch verdoppeln sollten; lediglich dessen gleichmäßigere Verteilung sei anzustreben, um breiten Bevölkerungskreisen nicht nur ausreichendes Einkommen zu vermitteln, sondern auch Muße, um die Freuden des Lebens zu genießen. Und diese Bedingungen seien im stationären Staat gegeben: »I sincerely hope, for the sake of posterity, that

they will be content to be stationary, long before necessity compels them to it« (Mill, 1888, S. 454).

Freilich, so ganz stationär erweist sich diese Wirtschaft doch nicht, denn in Mills Staat bleibt offenbar Raum für Produktivitätssteigerung: »Even the industrial arts might be as earnestly and as successfully cultivated, with this sole difference, that instead of serving no purpose but the increase of wealth, industrial improvements would produce their legitimate effect, that of abridging labour« (Mill, 1888, S. 455). Auf dieses Dilemma der Produktivitätssteigerung in einer stationären Wirtschaft wird später einzugehen sein.

Die moralische Verurteilung des Kapitalismus durch Karl Marx als System der Ausbeutung und Verelendung für die Arbeiterklasse liegt klar zu Tage, wenngleich sich diese Entwicklung nicht in erster Linie aus der Verwerflichkeit der Unternehmer, sondern aus den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus ergibt. Konsequenterweise schreibt auch er dem System die historische Funktion der dramatischen Produktionssteigerung zu, wenngleich die Erträge nur der Kapitalistenklasse zufließen – freilich im sinkenden Ausmaß infolge des tendenziellen Falls der Profitrate. Das System findet sein Ende durch die »Expropriation der Expropriateure« und mündet im Sozialismus, dem freilich auch nur Übergangscharakter zukommt. Denn am Ende der Entwicklung steht der Kommunismus, in welchem nicht nur der Kapitalismus überwunden ist, sondern überhaupt die Arbeitsteilung und damit die Selbstentfremdung des Individuums und sich somit die Frage des wirtschaftlichen Wachstums gar nicht mehr stellt: »Sowie nämlich die Arbeit verteilt zu werden anfängt, hat jeder einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann; er ist Jäger, Fischer oder Hirt oder kritischer Kritiker und muss es bleiben, wenn er nicht die Mittel zu leben verlieren will – während in der kommunistischen Gesellschaft, wo jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, auch das

Essen zu kritisieren, ohne je Jäger, Fischer oder Hirt oder Kritiker zu werden, wie ich gerade Lust habe« (Marx, 1953, S. 361).

Nähere Angaben darüber, wie ein solches System funktioniert, was, wie viel, von wem und für wen produziert wird, hat Karl Marx nicht geliefert. Es handelt sich hier offensichtlich um einen nicht weiter hinterfragbaren paradiesischen Endzustand.

Weit konkreter äußert sich Werner Sombart in seiner Kritik des Wirtschaftswachstums. Seine Ausführungen fallen schon deshalb ins Gewicht, weil er seinen Ruf als Sozialwissenschaftler vor allem durch die Analyse der Entwicklung des Kapitalismus erwarb, wie sie sich in seinem Hauptwerk »Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart« niederschlug. Dieses Buch erschien erstmalig 1902, erlebte aber zahlreiche Neuauflagen und Erweiterungen. Er untersuchte diese Problematik auch unter dem Einfluss von Karl Marx, woraus erhellt, dass er den jeweiligen institutionellen Gegebenheiten sowie den Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte hohe Aufmerksamkeit schenkte. Diesem Ansatz folgend widmete er dem Träger der Industriellen Revolution, dem Bürger, eine eigene Abhandlung (Der Bourgeois, 1913), die gleichfalls mehrere Auflagen erlebte.

Diese umfassende Analyse ließ freilich die Überzeugung des Autors durchscheinen, die Wandlung der Gesellschaft zur kapitalistischen Dynamik hätte bewirkt, dass die Menschen aus einem organisch gewachsenen Beziehungsgeflecht herausgerissen und in das Chaos einer durch Eigensucht und Gier geprägten Existenz geworfen worden seien (Peukert, 2000, S. 48).

Solche Gedanken finden schließlich in seiner Broschüre »Händler und Helden. Patriotische Besinnung« ihren expliziten Niederschlag. Diese Schrift widmete er »Euch jungen Helden draußen im Felde« und bemühte sich um den Nachweis, dass dieser Krieg zwischen zwei Weltanschauungen ausgetragen werde. Auf der einen Seite stehe die Krämermentalität der Engländer, das sei jene, »... die an das Leben mit der Frage herantritt: was kannst du Leben mir geben; die also das ganze Dasein des einzelnen auf Erden als eine Summe von Handelsgeschäften

ansieht, die jeder möglichst vorteilhaft für sich mit dem Schicksal oder dem lieben Gott (die Religionen werden vom Händlergeist ebenfalls in seinem Sinne geprägt) oder seinen Mitmenschen im einzelnen oder im ganzen (das heißt mit dem Staat) abschließt. Der Gewinn, der für das Leben jedes einzelnen dabei herauskommen soll, ist möglichst viel Behagen, zu dem ein entsprechender Vorrat von Sachgütern gehört, geeignet, das Dasein zu verschönern. Im Bereich dieser Lebensbetrachtung wird also den materiellen Werten ein breiter Raum eingeräumt werden ...« (Sombart, 1915, S. 14).

Demgegenüber treten materielle Werte für den deutschen Geist in den Hintergrund. Das Leben dieser Nation konzentriert sich auf Pflichten: »Wir haben eine Aufgabe zu erfüllen, indem wir leben, eine Aufgabe, die sich in tausend Aufgaben des Tages auflöst. Aufgabe ist das Leben, sofern es uns aufgegeben ist von einer höheren Macht. Indem wir aber den Inhalt unseres Lebens ausschöpfen, geben wir uns in allen unseren Werten auf; und diese Aufgabe unseres eigenen Ichs gibt uns die einzige tiefe Befriedigung, die das irdische Leben bieten kann ...« (Sombart, 1915, S. 63).

Diese Streitschrift wurde deshalb zitiert, weil sich hier schon jene Überlegungen dokumentieren, welche in seiner späteren Arbeit voll zum Ausdruck kommen, die Frage des Wachstums aufwerfen und sich dabei auch wörtlich auf das dargestellte Buch beziehen (siehe etwa Sombart, 1934, S. 77). Darin rekapituliert er eingangs die gesamte Entwicklung seit der Industriellen Revolution unter dem Titel »Das Teufelswerk der verflossenen Kulturperiode«. Wohl habe sich in dieser Epoche die Lebenserwartung erhöht und die Menge der produzierten Güter vervielfacht sowie der Komfort erhöht, aber um welchen Preis! Das »ökonomische Zeitalter« habe alle Lebensbereiche mit seinen Wertvorstellungen durchdrungen, die vom Geld geprägt gewesen wären. Es habe sämtliche traditionelle Gemeinschaften aufgelöst, sei es jene des Dorfes, sei es jene der – handwerklichen – Arbeit bis hin zur Hausgemeinschaft. Der Mensch möge über mehr Güter verfügen, aber sein individuelles Streben bleibe durch zahllose Vorschriften oder bevormundende Einrichtungen beschränkt. Selbst das geistige Leben würde durch diesen ökonomi-

schen Charakter, durch seine Gleichförmigkeit zerstört (Sombart, 1934, S. 13ff). Mit einem Wort: Die Industrialisierung habe die Menschheit aus einem Zustand des glücklichen Zusammenlebens herausgerissen und den Unbilden des Kommerzialisismus ausgesetzt. Diese Auffassung entspricht also weitgehend jener, welche im England der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem »gothic revival« die Oberschicht und vor allem die Literaten erfasst hatte.

Diese Wandlung hat Sombart freilich nicht gesehen und entwickelt seine Position gerade als Gegenpol zum britischen Händlergeist. Der »deutsche Sozialismus« soll den deutschen Menschen aus dem »ökonomischen Zeitalter« herausführen in einen romantisch-nationalistischen, autoritären Ständestaat, dem deshalb besonderes Interesse zukommt, weil er in dessen Rahmen eine ökonomische Konzeption entwickelt, welche die Voraussetzungen zur Überwindung des Wirtschaftswachstums aufgreift.

Die wirtschaftliche Aufgabe dieses Staates besteht zunächst darin, den »Güterbedarf« zu »gestalten«. Mengenmäßig ist davon auszugehen, dass die Gesellschaft »zu reich« ist, die Menge der Güter erdrückt sie. Die Güter sind großteils Schund, kitschig, zu billig, zu kompliziert, ausländischen Ursprungs – alles eine Folge der Verstädterung. Diese erzwingt auch öffentliche Verkehrsmittel, hohen Verwaltungsaufwand, verfehlte Ernährung und Kleidung (Sombart, 1934, S. 270ff). Der private Konsum bedarf daher einer grundlegenden Umgestaltung. Inhaltlich würde das von einer Elite festgelegt, die »... entschlossen ist, zu neuen Zielen aufzubrechen« (Sombart, 1934, S. 275). Das geschieht zunächst durch Beispiel, Beratung und Erziehung: »Aber Beispiel und Beratung werden wohl niemals genügen, um die niederen Instinkte der Masse zu bändigen: diese wird letzten Endes doch zum Guten gezwungen werden müssen« (Sombart, 1934, S. 275). Der Staat kann dies durch »incentives« oder Steuern tun, letztlich aber durch Gebote und Verbote!

Ein wesentliches Mittel zur Umgestaltung der Nachfrage liegt jedoch auch in der Regulierung des Angebots, also der Produktion. Denn all die geschilderten Unbilden resultieren aus dem Kapitalismus. Diesen gelte es daher zu überwinden und zwar dadurch, dass man zum zweiten

ökonomischen Koordinationssystem übergeht: zur Planwirtschaft. Die »deutsche« Planwirtschaft wird durch ihren umfassenden Charakter, ihre Einheitlichkeit – eine Planbehörde – sowie durch Mannigfaltigkeit gekennzeichnet (Sombart, 1934, S. 278ff). Letzteres Argument wird nicht restlos klar. Das liest sich dann später derart: »Jede vollkommene Planwirtschaft, wenn anders sie ihre Aufgabe, die Wirtschaft sinnvoll zu gestalten, erfüllen will, sahen wir, wird das Nebeneinanderbestehen und Ineinandergreifen einer bunten Fülle von Wirtschaftsformen und Wirtschaftssystemen vorsehen müssen. Private Eigenwirtschaft und Marktwirtschaft und kollektive Bedarfsdeckungswirtschaft ... werden da sein; Bauern- und Guts- und Handwerkswirtschaft werden da sein; Genossenschafts- und Staats- oder Gemeinwirtschaft werden da sein. Und auch die kapitalistische Unternehmung wird nicht fehlen, denn es wird immer noch und immer wieder zahlreiche Aufgaben des Wirtschaftslebens geben, die am besten in kapitalistischer Form gelöst werden können« (Sombart, 1934, S. 295). Jedenfalls sollen Großkredite, Rohstoffe und Energie sowie das Verkehrswesen von der öffentlichen Hand verwaltet werden. Darüber hinaus würden Großbetriebe erforderlichenfalls verstaatlicht (Sombart, 1934, S. 300).

Die grundlegenden Aufgaben des neuen Wirtschaftssystems erläutert Sombart folgendermaßen: »Das unmittelbare Ziel jeder vernünftigen Wirtschaftspolitik muss sein: der Produktion Nachhaltigkeit und Stetigkeit zu verleihen. Auf ›Fortschritte«, wie sie das ökonomische Zeitalter kennzeichnen und dem Wesen des Kapitalismus entsprechen, der von einer ständigen Revolutionierung des Produktions- und Absatzprozesses sein Dasein fristet, verzichten wir ... Alles in allem: wir sind nun auch reif für eine stationäre Wirtschaft und schicken die ›dynamische« Wirtschaft des Kapitalismus dahin, woher sie gekommen ist: zum Teufel« (Sombart, 1934, S. 318).

Versucht man, aus diesen, nicht unbedingt konsistenten Ausführungen ein Bild über das von Sombart angestrebte Wirtschaftssystem zu gewinnen, dann zeigt sich, dass es sich hierbei eigentlich nicht um eine Planwirtschaft im engeren Sinn handelt, sondern offenbar doch grundsätzlich um eine Marktwirtschaft, auch mit Privateigentum an

Produktionsmitteln, welche aber massiven Staatseingriffen, sowohl was die Produktion als auch das Produktionsmitteleigentum anbetrifft, ausgesetzt ist (siehe auch Chaloupek, 1996, S. 396). Sie wäre jedoch weit hinter der Funktionsweise des deutschen Wirtschaftssystems im Zweiten Weltkrieg zurückgeblieben, welche sehr präzise vorgab, was, für wen, durch wen und auch teilweise womit produziert werden sollte.

Eines geht allerdings ganz klar aus den Darlegungen Sombarts hervor. Der »deutsche Sozialismus« sollte eine stationäre Wirtschaft repräsentieren, ja es lässt sich daraus sogar eine Schrumpfung des Volkseinkommens herauslesen. Es galt, damit jene Verhaltensweisen zu überwinden, welche Einkommenssteigerung anstrebten, und zwar zugunsten einer neuen deutschen Moral, welche sich von der angelsächsischen Krämermentalität deutlich abhob, wie sie Sombart in seiner Broschüre »Händler und Helden« beschrieben hatte.

Bemerkenswerterweise reihte sich auch Keynes in die Gruppe der Wachstumskritiker ein und zwar gleichfalls mit moralischen Argumenten. Er tat das 1930 im Rahmen einer kleinen Schrift unter dem Titel »Economic Possibilities for our Grandchildren«. Hierin prognostizierte er die ökonomischen und sozialen Gegebenheiten der kapitalistischen Gesellschaft nach 100 Jahren. Wiewohl zu einem Zeitpunkt verfasst, da sich die Weltwirtschaftskrise schon deutlich abzeichnete, schätzte er die langfristige Dynamik des Kapitalismus grundsätzlich richtig ein. Er vermutete, dass sich der Lebensstandard im angesprochenen Zeitraum auf das Vier- bis Achtfache, oder auch mehr, erhöht haben werde. Womit er die Entwicklung größenordnungsmäßig, trotz des Zweiten Weltkriegs, getroffen hatte. Dann, meinte er, werde der Einkommenseffekt die Menschen veranlassen, die Arbeitszeit durch Freizeit zu substituieren, sodass sie im Durchschnitt wöchentlich nur 15 Stunden beschäftigt wären. Die Voraussage wurde offenbar teilweise durch die historischen Erfahrungen bestimmt, da die Arbeitszeit seit Ende des 19. Jahrhunderts beträchtlich reduziert worden war. Seine theoretischen Überlegungen gingen jedoch dahin, dass das Einkommen der Bevölkerung ein Niveau erreicht hätte, womit die »absoluten Bedürfnisse« befriedigt wären, was darüber hinaus ginge, sei lediglich relativ, diene also nur

dazu, sich über seine Mitbürger zu erheben. Insgesamt ließe sich jedoch sagen, dass es dann der Menschheit gelungen sei, ihr wirtschaftliches Problem zu lösen »... that mankind is solving its economic problem« (Keynes, 2008, S. 21).

Dann aber eröffnet er die Sicht auf eine neue, erfreuliche Gesellschaft, welche die verwerfliche Moral des Kapitalismus überwindet: »I see us free, therefore to return to some of the most sure and certain principles of religion and traditional virtue – that avarice is a vice, that the exaction of usury is a misdemeanor, and the love of money is detestable, that those walk most truly in the path of virtue and sane wisdom who take least thought for the morrow. We shall once more value ends above means and prefer the good to the useful. We shall honour those who can teach us how to pluck the hour and the day virtuously and well, the delightful people who are capable of taking direct enjoyment in things, the lilies of the field who toil not, neither do they spin« (Keynes, 2008, S. 25).

Gewiss werde die Umstellung Zeit erfordern und sich nicht ohne Schwierigkeiten vollziehen, weil die kapitalistische Moral den Menschen 200 Jahre lang eingepflegt worden sei und nur deshalb akzeptabel erschien, weil das System kräftige Einkommenssteigerungen zuwege brachte. Aber letztlich werde man den Pfad zu einer neuen Gesellschaft beschreiten können, einer solchen der Muße, welche ermöglicht »... to live wisely and agreeably and well« (Keynes, 2008, S. 22).

Auch bei Keynes liegt also das Schwergewicht seiner Ablehnung des kapitalistischen Systems auf dessen moralischen und existentiellen Aspekten. Auf die Frage eines weiteren wirtschaftlichen Wachstums geht er nicht näher ein, weil er unterstellt, dass die Menschheit ihr wirtschaftliches Problem eben gelöst haben wird. Er nimmt offensichtlich an, dass durch die Verhaltensänderung der Wirtschaftssubjekte, nämlich keinen weiteren Versuch zu unternehmen, das Einkommen zu steigern, auch keine weitere Kapitalakkumulation zustande kommen und damit die Wirtschaft automatisch stationären Charakter annehmen werde.

5.2 Die Messung der Wohlfahrt

Im Zuge der Diskussion um den Sinn einer weiteren ökonomischen Expansion taucht auch immer wieder die Frage auf, ob die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, wie sie sich seit dem Zweiten Weltkrieg in der Wirtschaftsforschung etabliert hat, vor allem das Bruttoinlandsprodukt, der geeignete Maßstab sei, um die Wohlfahrt der Bevölkerung zu messen. Die grundlegende Kritik geht davon aus, dass diese Rechnung nur den Marktwert der produzierten Güter und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft erfasst. Es liegt jedoch auf der Hand, dass für das individuelle Wohlbefinden auch Leistungen relevant sind, die nicht auf dem Markt angeboten, sondern beispielsweise im Haushalt erbracht werden oder generell durch unbezahlte Arbeit. Ein weiterer Einwand zielt darauf ab, dass Reparatur- oder Vermeidungskosten positiv in das Bruttoinlandsprodukt eingehen, wiewohl sie eigentlich keine Wohlfahrtssteigerung bewirken. Dafür lassen sich immerhin Kosten feststellen, nicht jedoch Verschlechterungen, welche nicht aktiv erfasst werden (können). Solche Wohlfahrtsreduktionen schlagen sich somit nicht im Bruttoinlandsprodukt nieder.

Grundsätzlich befasste sich in der schulmäßigen Nationalökonomie erstmals Pigou mit der Frage, wie weit die Wirtschaftsrechnung die Umweltschäden erfasse. Nach dem Zweiten Weltkrieg griff Kapp diese Problematik neuerlich sowie umfassend auf. Er wies auf die volkswirtschaftlichen Kosten hin, welche durch Luftverunreinigung, Gewässerverschmutzung, Bodenerosion sowie Abholzung entstünden ebenso wie durch die vorzeitige Erschöpfung der Energiequellen (Kapp, 1958). Freilich intensivierte sich die Umweltdiskussion im Allgemeinen und jene über die Zweckmäßigkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Besonderen erst in den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts. Sie schlug sich schließlich in Versuchen nieder, alternative Wohlfahrtsindikatoren zu entwickeln (Chaloupek – Feigl, 2012, S. 778).

Der bekannteste Maßstab wurde von Nordhaus und Tobin entwickelt, nämlich »Measure of Economic Welfare« (MEW), eine Einkommensberechnung, die von der Überlegung ausgeht, dass das Ziel des Wirtschaft-

tens der Konsum und nicht die Produktion sei. Dementsprechend müsse man die Volkseinkommensrechnung verändern. Private und öffentliche Nachfrage seien dahin zu untersuchen, ob sie nicht intermediären Charakter trügen. Daher eigne sich zunächst das Nettonationalprodukt als Maßstab. Ebenso aber seien auch dauerhafte Konsumgüter wie Kapitalgüter zu behandeln. Ähnliches gelte auch für Gesundheits- und Erziehungsausgaben. Ebenso wenig werden Nettoinvestitionen berücksichtigt, wie die Kosten des Arbeitswegs und der Sicherheit. Arbeiten sowie Leistungen, die außerhalb des Marktes erbracht werden, gehen hingegen in das MEW ein. Andererseits müssen Leistungen, wie sie in der Stadt auftreten (Lärm, Verkehr, Luftverschmutzung), negativ berücksichtigt werden, Arbeitszeitreduktionen positiv (Nordhaus – Tobin, 1972).

Andere Ansätze verblieben zwar bei der traditionellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wollten sie jedoch um eine Reihe zusätzlicher Indikatoren ergänzen, so etwa durch die wirtschaftspolitischen »Mehrecke«, wie Beschäftigung, gleichmäßige Einkommensverteilung, monetäres sowie außenwirtschaftliches Gleichgewicht, ausgeglichenes Budget, intakte Umwelt usw.

Im Rahmen der Vereinten Nationen wurde sehr früh, also Mitte der 50er-Jahre des 20. Jahrhunderts, versucht, eine Reihe von Indikatoren festzulegen, mit welchen Niveau und Anstieg des Lebensstandards international vergleichbar gemessen werden könnten. Diese betrafen freilich eher Grundbedürfnisse, wie beispielsweise Alphabetisierung, Wasserversorgung, sanitäre Verhältnisse oder Nahrungsmittelversorgung. Die Implementierung dieser Daten erfolgte sehr zögerlich, wogegen sich das »System of National Accounts« erfolgreich durchsetzte.

1970 legte Richard Stone, welcher die Volkseinkommensrechnung aus der Taufe gehoben hatte, neue statistische Systeme umfassenden Charakters vor: »demographic accounts«, »economic accounts on social services and production« sowie »distribution accounts on income, consumption, wealth and social benefits«, welche freilich ein ähnliches Schicksal erlitten wie die Sozialindikatoren.

Auch die OECD ergriff die Initiative zum Aufbau einer Wohlfahrts- und Sozialstatistik. Sie versuchte jedoch einen anderen Zugang als jenen

der Vereinten Nationen. Es sollten nicht die relevanten Bereiche statistisch erfasst werden, sondern normative Ziele, deren Ergebnisse dann zu messen waren. Die Vertreter der Mitgliedstaaten einigten sich in diesem Rahmen auf acht Teilbereiche: Bildung, Erwerbstätigkeit und deren Qualität, Zeitverwendung, Verfügungsmöglichkeiten über Güter und Dienstleistungen, Umwelt, persönliche Sicherheit, Rechtsprechung und gesellschaftliche Teilhabe. Diese Bereiche konnten weiter unterteilt werden. Dafür waren entsprechende Indikatoren zu entwickeln, eine Aufgabe, welche den nationalen Regierungen und Statistikinstituten oblag.

Darüber hinaus setzten noch andere Einrichtungen, wie ILO, WHO, FAO, UNESCO oder Europarat, Initiativen, für sie wichtige Bereiche statistisch zu erfassen und entsprechende Indikatoren zu entwickeln. Ähnliches gilt für einzelne Wissenschaftler für ihren jeweiligen Forschungsbereich (Chaloupek – Feigl, 2012, S. 782).

Problemen begegneten auch Versuche, einen Wohlstandsindikator dadurch zu berechnen, indem man mehrere Daten zusammengewichtete. Hier lag die Schwierigkeit darin, dass den ausgewählten Statistiken notwendigerweise ein Element der Willkür anhaftete. Als Beispiel sei der »Happy Planet Index« angeführt. Dieser kombiniert die Lebenserwartung, die durchschnittliche Lebenszufriedenheit – gemessen auf einer Skala von 0 bis 10 – und den »ökologischen Fußabdruck«, also die Inanspruchnahme von Ressourcen. Deutschland liegt beispielsweise in dieser Rangordnung auf Platz 54, weit hinter Marokko oder Ägypten (Weimann – Knabe – Schöb, 2012, S. 5). In jüngerer Zeit haben Indikatoren zur Messung des Wohlstands, der Lebensqualität, der Wettbewerbsfähigkeit und Ähnlichem große Popularität erlangt. Viele Institute und sonstige Einrichtungen, wie etwa das Weltwirtschaftsforum in Davos, fühlen sich veranlasst, solche zu erstellen. Im Allgemeinen vermitteln diese recht beschränkte Informationen, weil sie häufig dazu dienen, die jeweiligen Werturteile zu unterstreichen. Lediglich die OECD überließ die Gewichtung der einzelnen Elemente dem Konsumenten.

All die genannten Initiativen, das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator zu ersetzen oder zumindest zu ergänzen, zeitigten nur sehr beschränkte Erfolge: »Es ist evident, dass sich die damaligen

Vorschläge für eine bessere Messung der Wohlfahrt nicht durchsetzen konnten. Das Bruttoinlandsprodukt konnte seine dominante Stellung als der Wirtschaftsindikator schlechthin sogar noch ausbauen. Selbst kleinen Prognoseänderungen wird heute große Aufmerksamkeit geschenkt, und sein Wachstum gilt in der breiten Öffentlichkeit weiterhin als Gradmesser gesellschaftlichen bzw. politischen Erfolgs« (Chaloupek – Feigl, 2012, S. 787).

Was schließlich die Diskussion über das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab des Wohlbefindens anbelangt, wäre schließlich auch zu bedenken, dass dieses nicht nur das individuelle Einkommen steigen lässt, sondern auch jenes der öffentlichen Hand, welches dieser die Möglichkeit eröffnet, jene vielfältigen Einrichtungen zu schaffen, die gleichfalls das Wohlbefinden der Bürger erhöhen (Weimann – Knabe – Schöb, 2012, S. 131).

Letztlich wollte auch der frühere französische Präsident Sarkozy es ganz genau wissen, ob steigendes Einkommen das Wohlbefinden seiner Bürger erhöhe, engagierte vier Nobelpreisträger – Joseph Stiglitz, Amartya Sen, Daniel Kahneman und Kenneth Arrows –, um bessere Maßstäbe dafür zu gewinnen, als sie das Bruttoinlandsprodukt vermittelt. Die Erfolge dieser Bemühungen hielten sich in engen Grenzen: Sie beschränkten sich im Wesentlichen auf Vorschläge, das Bruttoinlandsprodukt durch weitere, qualitative, Indikatoren zu ergänzen und den Beitrag des öffentlichen Dienstes genauer zu erfassen. Als schließlich andere Autoren diese zusätzlichen Indikatoren mit dem Bruttoinlandsprodukt korrelierten, zeigte sich ein enger Zusammenhang, sodass sich der ganze Aufwand als unergiebig erwies (Weimann – Knabe – Schöb, 2012, S. 77).

Wenn sich das Bruttoinlandsprodukt als Gradmesser der ökonomischen Leistungsfähigkeit eines Landes halten konnte, dann deshalb, weil es trotz aller Einwände doch ein annähernd korrektes Bild über das Einkommensniveau der Bevölkerung vermittelt. Weiters erwies es sich als praktikabel. Die Statistiken lassen sich mit mäßigem Aufwand zusammenstellen, die internationale Vergleichbarkeit ist in hohem Maß gegeben. Die verwendeten Daten ergeben sich aus Marktprozessen, wo-

durch hohe Objektivität gesichert ist. Und all das gilt nicht nur für die Gegenwart, sondern man konnte mit einigem Erfolg darangehen, historische Berechnungen anzustellen, sodass vielfach bereits lange historische Reihen für die wirtschaftsgeschichtliche Forschung zur Verfügung stehen.

Die Diskussion über das Wirtschaftswachstum wird durch die Verwendung dieses Maßstabes kaum berührt. Denn alle notorischen Einwände gegen das Bruttoinlandsprodukt mögen für einen bestimmten Zeitpunkt von einiger Relevanz sein, für längerfristige Vergleiche verlieren sie an Bedeutung. Mit der Verwendung des Bruttoinlandsprodukts als Maßstab des Volkseinkommens ist nicht gesagt, dass die zitierten gesellschaftlichen Probleme unwichtig seien – auch für die Beurteilung der sozialen Wohlfahrt. Aber diese müssen eben gesondert analysiert und beurteilt werden.

5.3 Wohlfahrt ohne Wachstum?

Die Gegenwart erlebt abermals eine breite Welle der Kritik am Wirtschaftswachstum und am Kapitalismus sowie eine Auslotung der Möglichkeiten, beide zu überwinden. Hierbei greifen die Autoren vielfach – bewusst oder unbewusst – auf die historischen Argumente zurück. Vor deren Präsentation wäre jedoch zu untersuchen, ob alle Kritiker das Wirtschaftswachstum als kontinuierlichen Prozess sehen. Der Klassik war diese Vorstellung eher fremd. Das gilt auch für Adam Smith, der erwartete, dass Arbeitsteilung und Marktausweitung wohl eine deutliche Steigerung der Arbeitsproduktivität mit sich bringen, aber nach Implementierung dieser Innovationen die Wirtschaft ein neues statisches Gleichgewicht finden werde. Auch John Stuart Mill nahm an, die Wirtschaft werde einige Zeit expandieren, jedoch allmählich einen Sättigungspunkt erreichen und dann stationären Charakter annehmen. Marx' Vorstellungen blieben zwiespältig. Zwar erkannte er klar den uneingeschränkt dynamischen Charakter des Kapitalismus, erwartete jedoch einen endogen verursachten Zusammenbruch des Systems in-

folge der fallenden Profitrate. Nach dem Zwischenspiel des Sozialismus folgen im Kommunismus paradiesische Zustände, die sich systematisch schwer einordnen lassen.

Sombart ließ gleichfalls in seinen späteren Schriften durchscheinen, dass er das Wachstumspotential des kapitalistischen Systems als weitgehend erschöpft betrachte (Chaloupek, 1996, S. 393), was freilich die Wirtschaftspolitik nicht von ihrem Weg zum »Deutschen Sozialismus« abbringen sollte. Und ein ähnliches Bild vermittelt Keynes. Auch hier werde die Wirtschaft nach 100 Jahren ein Sättigungsniveau erreichen und in einen stationären Zustand übergehen. So scheint es, dass nach den angeführten Autoren – mit Ausnahme Sombarts – der Wirtschaftspolitik in diesen Prozessen keine zentrale Funktion zukommt. Offenbar geht es nur darum, einen tendenziellen Wandlungsprozess voranzutreiben sowie zu unterstützen – allenfalls durch erzieherische Maßnahmen.

Anders die zeitgenössischen Wachstumskritiker. Nur wenige Autoren weisen auf die Tatsache hin, dass sich das Wirtschaftswachstum aller westlichen Industriestaaten seit den 50er-Jahren des vorigen Jahrhunderts stetig abgeschwächt und nunmehr ein Ausmaß erreicht hat, von dem man sagen könnte, die Postwachstumsgesellschaft sei ohnehin schon erreicht (Reuter, 2012).

Um ein einigermaßen realistisches Bild der gesamten Problematik zu vermitteln, wurden aus der Fülle einschlägiger Literatur vor allem die Arbeiten zweier renommierter Sozialwissenschaftler, also zweier »Expertenintellektueller«, herausgegriffen. Da ist zunächst Tim Jackson sowie weiters Robert und Edward Skidelsky. Diese Autoren betrachten das Wachstumspotential des Kapitalismus im Wesentlichen als ungebrochen. Anders wäre ihr Anliegen, die Menschen aus dem »stahlharten Gehäuse des Konsumismus« (Jackson, 2013, S. 100) zu befreien, ja nicht verständlich. Ziel ihrer Bemühungen bleibt es, die moralische Verworfenheit oder existentielle Unzulänglichkeit dieses Wirtschaftssystems zu überwinden. Hier wird der historische Ansatz nahezu unverändert weitergeführt. Der Kapitalismus habe die übelsten Seiten der menschlichen Psyche, nämlich Habgier, Unersättlichkeit, Rücksichtslosigkeit im permanenten Wettbewerb gegenüber den Mitmenschen und Rastlosigkeit

im Streben nach mehr, wenn schon nicht geschaffen, so zumindest verschärft und perpetuiert. Der Mensch bleibe in diesem verhängnisvollen System gefangen.

Diese verachtenswerten Eigenschaften habe Adam Smith in zu rühmende verwandelt, sie sozusagen getauft, indem das »Eigeninteresse« anstelle der Habgier trat und überdies eine zentrale Bedeutung dadurch erlangte, dass es über den Mechanismus der »unsichtbaren Hand« zur Optimierung der wirtschaftlichen Entwicklung führen sollte (Skidelsky – Skidelsky, 2013, S. 73). Aber solche Verhaltensweisen beschränkten sich nicht nur auf den unmittelbar ökonomischen Bereich, sondern gingen weit darüber hinaus. Sie widerspiegeln jenen Charakter, den Goethe im »Faust« verdeutlicht hat: den unbändigen Drang nach stets Neuem sowie das permanente Bestreben, über sich selbst hinauszuwachsen (Skidelsky – Skidelsky, 2013, S. 79).

Allerdings müsse man die moralische Unzulänglichkeit des Kapitalismus solange akzeptieren, als er durch kräftiges Wirtschaftswachstum den Wohlstand der Bevölkerung steigere. Erst wenn die absoluten Bedürfnisse der Menschen, die »basic needs«, befriedigt seien, erst dann könne die Ablöse des kapitalistischen Systems beginnen. Jackson stellt daher die Frage, ob zusätzliches Wirtschaftswachstum in den entwickelten Industriestaaten überhaupt noch etwas zum Wohlbefinden der Bevölkerung beitrage. Und dies scheint nach seiner Überzeugung längst nicht mehr der Fall zu sein.

Korreliere man nämlich in einem Querschnittstest die Lebenszufriedenheit in verschiedenen Staaten mit der Höhe des realen Pro-Kopf-Einkommens seiner Bürger, dann zeige sich eine nichtlineare Beziehung. Sie erweise sich im mittleren Einkommensbereich als relativ eng, gehe aber bei hohen Einkommen nahezu vollständig verloren. Darin manifestiere sich der fallende Grenznutzen des zusätzlichen Einkommens.

Ähnliche Resultate erhalte man, wenn man Faktoren heranzieht, von welchen man annehmen kann, dass sie indirekt auf die Wohlfahrt der Bürger hinweisen, wie etwa die Lebenserwartung, die Kindersterblichkeit oder die Ausbildungsquote. Eine Korrelation mit dem durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukt zeitige ein ähnliches Bild: Nach ei-

nem gewissen Zusammenhang im mittleren Einkommensbereich gehe dieser im höheren verloren.

Diese Ergebnisse entsprechen dem sogenannten Easterlin-Paradoxon. Dieser Autor gelangte auf Basis von Befragungen gleichfalls zu dem Ergebnis, dass wachsendes Einkommen zwar höheres individuelles Wohlbefinden hervorrufe, dass sich aber über die Zeit, trotz stetigen Wirtschaftswachstums, kein solcher Effekt mehr zeige – die Lebenszufriedenheit bleibe konstant.

Aufgrund all dieser Überlegungen streben Vater und Sohn Skidelsky neue Lebensformen an, um der kapitalistischen Treitmühle zu entkommen. Aber sie betonen, dass dies nicht so sehr ins Auge gefasst werde, weil das Wirtschaftswachstum an eine ökologische Schranke stoße, sondern weil sie vorwiegend moralische Überlegungen leiteten (Skidelsky – Skidelsky, 2013, S. 171ff). Sie möchten daher Verhältnisse schaffen, welche für die Menschen »good life« sicherstellten. Dieses lässt sich dadurch definieren, dass jedenfalls »basic goods« zur Verfügung stehen. Diese umfassen Gesundheit, Sicherheit, gegenseitigen Respekt, Entfaltung der eigenen Persönlichkeit, Harmonie mit der Natur, Freundschaft – persönliche Beziehungen – und schließlich Muße (Skidelsky – Skidelsky, 2013, S. 204ff). Letztere kann als Schlüsselbegriff der Autoren betrachtet werden. Diese sollte jedoch keinesfalls wieder als Vorbereitung zur Arbeit betrachtet werden, sondern als Aktivität um ihrer selbst willen. Nach Meinung der Autoren kommt diese Art der Beschäftigung jener nahe, die Karl Marx als »nicht entfremdete Arbeit« bezeichnete (Skidelsky – Skidelsky, 2013, S. 223). Offensichtlich entspricht dieser Begriff auch den Vorstellungen von Keynes, welche man hierzulande als »großbürgerlichen Lebensstil« bezeichnen würde – obwohl die Autoren keineswegs nur die Oberschicht im Auge haben.

Für die Realisierung solcher Ziele stellten sich dem Staat zwei zentrale Aufgaben: Er muss einerseits die Rahmenbedingungen für die persönliche Entfaltung der Bürger sicherstellen, deren Inhalt allerdings von den Individuen selbst bestimmt wird; andererseits hat die öffentliche Hand dafür Sorge zu tragen, dass »good life« realisiert wird, insbesondere die beschriebene Form der Selbstverwirklichung und zwar vor allem

durch Überwindung der kapitalistischen Tretmühle. Es sei nämlich ein ideologisches Vorurteil, dass der Staat den Lebensinhalten seiner Bürger neutral gegenüberstehe, er greife ständig in diese ein und zwar nicht nur indirekt durch Wirtschaftspolitik, sondern auch direkt durch Ge- und Verbote. Es gelte, nur auf diesem Weg fortzufahren.

So wären weitere Arbeitszeitreduktionen ins Auge zu fassen ebenso wie die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, wodurch der Zwang, eine Arbeit aufzunehmen, sehr direkt verringert werde. Ferner müsse der Konsumzwang überwunden werden, etwa durch eine allgemeine, progressive Konsumsteuer, und schließlich wäre die Werbung dadurch zurückzudrängen, als sie nicht mehr als Betriebskosten von der Steuer abgesetzt werden könne (Skidelsky – Skidelsky, 2013, S. 266ff). Da sich die Autoren bei all dem nicht recht wohl fühlen, meinen sie zu diesen Maßnahmen: »Sie sind paternalistisch, aber frei von Zwang. Sie sind dazu gedacht, Gesellschaften in Richtung eines guten Lebens zu führen, nicht, es ihnen in den Hals zu stopfen« (Skidelsky – Skidelsky, 2013, S. 286).

Somit schließen die Autoren mit der Weiterführung des Keynes'schen Ansatzes in die Gegenwart. Ihr spezifischer Beitrag besteht einerseits darin, »good life« näher zu spezifizieren, andererseits vom Staat zu fordern, dass er Maßnahmen zu dessen Realisierung ergreife. Durch das Entstehen dieser neuen Gesellschaft mit ihren veränderten Verhaltensweisen sollte die Wirtschaft automatisch aufhören zu wachsen und in einen stationären Zustand übergehen.

Freilich bleibt in solchen Überlegungen doch eine heikle Frage offen, welche auch die historischen Kritiker – mit Ausnahme Sombarts – nie angesprochen haben: Sichert die fortgesetzte Expansion nicht die ökonomische und soziale Stabilität der Gesellschaft? Jackson, der den moralischen Ansatz gleichermaßen vertritt, sieht aber auch dieses Problem und erläutert es mit eindrucksvoller Klarheit: »Kapitalistische Volkswirtschaften legen großen Wert auf die Effizienz, mit der die Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital, Ressourcen) eingesetzt werden. Fortlaufende technologische Verbesserungen führen dazu, dass mit einem gegebenen Input (Einsatz) mehr Output (Leistung) produziert werden

kann. Effizienzverbesserung senkt die Kosten, regt dadurch die Nachfrage an und trägt auf diese Weise zur weiteren Expansion bei. Das führt allerdings auch dazu, dass man Jahr für Jahr weniger Menschen braucht, um die gleiche Menge von Gütern zu produzieren. Solange die Wirtschaft schnell genug wächst, um diesen Zuwachs an ›Arbeitsproduktivität‹ auszugleichen, ist das kein Problem. Ist dies aber nicht der Fall, bedeutet eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, dass irgendwo jemand seinen Job verliert. Wenn sich das Wirtschaftswachstum aus irgendeinem Grund verlangsamt – weil das Vertrauen der Verbraucher schwindet, weil es bei den Rohstoffen einen Preisschock gibt oder weil man gezielt versucht, den Konsum zu drosseln –, dann bewirkt der systemische Trend zu verbesserter Arbeitsproduktivität, dass es zu Arbeitslosigkeit kommt. Diese wiederum führt zu weniger Kaufkraft, einem Vertrauensverlust bei den Verbrauchern und vermindert zudem weiter die Nachfrage nach Verbrauchsgütern ... die Wirtschaft gerät in eine Rezessionsspirale« (Jackson, 2013, S. 78).

»Dieses System ist wenig belastbar. Sobald die Wirtschaft einmal zu stocken beginnt, kehren die Rückkopplungsmechanismen, die vorher zur Expansion beigetragen haben, ins Gegenteil um und treiben die Wirtschaft noch weiter in die Rezession. Die ganze Sache ist freilich nicht ohne Ironie. Die Antwort auf die Frage, ob Wachstum Voraussetzung für Stabilität sei, wird letztendlich lauten: In einer wachstumsbasierten Volkswirtschaft ist Wachstum Voraussetzung für Stabilität. Das kapitalistische System verfügt über keinen einfachen Weg in ein Steady-state-System, also in ein Wirtschaftssystem im Gleichgewicht. Die dem kapitalistischen System innewohnende Dynamik treibt es immer nur in ein Extrem – in die Expansion oder den Zusammenbruch« (Jackson, 2013, S. 79).

Dennoch hält Jackson an seinem Ziel der aktiven Beendigung des Wirtschaftswachstums fest, nicht nur aus den notorischen moralischen Erwägungen, sondern auch – und hier tritt ein neues entscheidendes Element hinzu –, weil die globale Erwärmung das unausweichlich mache. Daher entwickelt er ein neues umfassendes Wirtschaftssystem, welches stationären Charakter aufweist und damit die moralischen und existentiellen Defizite des Kapitalismus überwindet, die ökologische

Situation entspannt und letztlich auch das Problem des dynamischen Gleichgewichts löst. Er nennt es die »Neue Makroökonomie«.

Freilich würde sich dieses System erst allmählich entwickeln. Erste Ansätze in dieser Richtung bestünden im Wachstum unproduktiver persönlicher Dienstleistungen, wie etwa Yoga-Unterricht, des Weiteren in Arbeitszeitverkürzung und schließlich in ökologischen Investitionen, welche kaum klassische Wachstumseffekte nach sich ziehen würden. Der private Konsum als wichtigster Treiber des Wachstums wäre zugunsten der Investitionen zu reduzieren, deren Ziele sich aber zu wandeln hätten.

Jackson unterscheidet drei Typen (Jackson, 2013, S. 146):

- »Investitionen, die die Effizienz der Ressourcennutzung erhöhen, zu Einsparung bei den Kosten für Ressourcen führen (zum Beispiel Energieeffizienz, Abfallvermeidung, Recycling);
- Investitionen, die konventionelle Technologien durch saubere oder kohlenstoffarme Technologien ersetzen (zum Beispiel erneuerbare Energien);
- Investitionen in Verbesserung des Ökosystems (Klimaanpassung, Aufforstung, Wiederherstellung von Feuchtgebieten etc.)«.

Diese Investitionen würden sehr unterschiedliche Wachstumseffekte und Erträge zeitigen. Daher wird es offensichtlich nicht leicht sein, vom privaten Bereich solche zu erwarten: »Das könnte bedeuten, beim Eigentum an Vermögen und der Aufteilung von daraus gewonnenen Überschüssen umzudenken. Wahrscheinlich werden insbesondere öffentliche Investitionen und öffentliches Vermögen eine wesentlich größere Rolle spielen. Der Staat ist oft am besten in der Lage, auf Dauer angelegtes gesellschaftliches Vermögen zu identifizieren und zu schützen. Staatliche Renditen sind normalerweise niedriger als kommerzielle, ermöglichen aber längere Investitionshorizonte und stellen weniger strenge Anforderungen in Bezug auf Produktivität« (Jackson, 2013, S. 147).

Da jedoch Jackson die »Neue Makroökonomie« offenbar nicht für ausreichend hält, bewegt er sich schließlich doch wieder zum Kern des kapitalistischen Systems, zu den entsprechenden menschlichen Verhal-

tensweisen. Ein neues stationäres Wirtschaftssystem ließe sich eigentlich nur dann vollständig erreichen, wenn sich diese änderten, wenn die kapitalistische Gier nach mehr, die permanente Hektik überwunden werden kann. Die Menschen sollten in einem neuen System durch Überwindung des materialistischen Individualismus, durch freiwillige Einfachheit zur Entfaltung gelangen (flourish), einen alternativen Hedonismus entwickeln (Jackson, 2013, S. 154). Und wie könnte dieses Projekt realisiert werden?

Der Autor schildert eine Reihe hoffnungsvoller Vereinigungen, welche ein solches Ziel anstreben, misstraut aber ihrer Massenwirksamkeit. Daher vertritt auch Jackson die Auffassung, dass der Staat diese Aufgabe zu übernehmen habe. Zwar wirke eine solche Absicht zunächst befremdlich, doch müsse man sich vor Augen halten, dass er die Verhaltensweisen vielfach ohnehin beeinflusse, etwa im Rahmen der Lehrpläne für die Schulen.

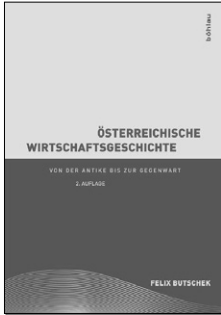
Versucht man, die Überlegungen der genannten Autoren zusammenzufassen und den historischen Ansätzen gegenüberzustellen, dann zeigt sich eine bemerkenswerte Konstanz. Alle Autoren kritisieren die kapitalistischen Verhaltensweisen, also Habgier, Unersättlichkeit, Rücksichtslosigkeit im ständigen Wettbewerb und Rastlosigkeit im Streben nach mehr und nach dauernder Veränderung, das »Faustische« im europäischen Menschen. Dem wird ein Lebensstil gegenübergestellt, welcher diese Eigenschaften nicht mehr kennt. Das Ende des Wirtschaftswachstums kreierte einen ruhigen, in sich ruhenden Menschentyp, für den Arbeit an Bedeutung verloren hat, der sich den angenehmen Seiten des Lebens zuwendet, sich vor allem kulturellen Interessen widmet. Dieser Ansatz scheint historisch für die angelsächsischen Autoren kennzeichnend gewesen zu sein. Der Deutsche Werner Sombart wandte sich dagegen der nationalen Berufung und Ehre zu – und kreierte damit eine Bestätigung für seine Hypothese von »Händlern und Helden«.

Eine entscheidende Erweiterung der Begründung für die Beendigung des Wirtschaftswachstums gegenüber den historischen Ansätzen entstand – wie schon angedeutet – durch die Problematik der globalen Erwärmung. Zwar spiegelt sich darin nicht die überwiegende Auffassung

der Ökologen wider, welche vielfältige politische Maßnahmen ins Auge fassen, die von der Reduktion des Schadstoffausstoßes, der Energieeffizienz bis auch zur Änderung des Lebensstils reichen und nicht notwendigerweise auf eine vollständige Beendigung des Wirtschaftswachstums oder eine Änderung des Wirtschaftssystems zielen. Jackson hält jedoch eine entscheidende Bekämpfung des Temperaturanstiegs ohne diese Veränderungen für praktisch ausgeschlossen.

Während Mill und Keynes annehmen, dass die Wirtschaftssubjekte infolge der Warenfülle das Interesse an weiterer ökonomischer Expansion verlören, fordern sowohl Sombart als auch die Autoren der Gegenwart eine aktive Politik, um einen Wandel der Verhaltensweisen herbeizuführen. Träger dieser Maßnahmen hätte der Staat zu sein: Im Fall Sombarts ein autoritärer, der nötigenfalls gewaltsam vorginge. Die Zeitgenossen sehen natürlich einen demokratischen Staat als Akteur, wenngleich auch einen entschieden vorgehenden. Wobei ihr Hauptargument darin liegt, dass auch unter den gegebenen Umständen der Staat eben durch die Lehrpläne der Schulen das Weltbild seiner Bürger präge.

Darüber hinaus aber urgiert Jackson entschiedene Eingriffe in den Wirtschaftsablauf, um die Produktion in die gewünschte Richtung zu lenken. Daher wäre, so meint er, auch die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln neu zu stellen. Offensichtlich zielen die genannten Autoren auf eine völlig neue Position des Staates im wirtschaftlichen und politischen Leben, die jedenfalls weit über die gegenwärtige hinausginge.



FELIX BUTSCHEK

**ÖSTERREICHISCHE
WIRTSCHAFTSGESCHICHTE**

VON DER ANTIKE BIS ZUR GEGENWART

Die Wirtschaftsentwicklung im Gebiet der heutigen Republik Österreich wurde durch die politischen Gegebenheiten bestimmt. Obwohl im Mittelalter kräftige Impulse vom Bergbau ausgingen, war es letztlich die Hauptstadtfunktion Wiens, welche die Entwicklung vorantrieb. Es war auch diese Region, die den Aufbruch des Merkantilismus initiierte ebenso wie den Beginn der Industrialisierung, welche letztlich ins „Silberne Zeitalter“ vor dem 1. Weltkrieg führte. Die zusammenbrechende Habsburger Monarchie hinterließ einen Kleinstaat, der zu einem der ärmsten unter den westlichen Industriestaaten wurde. Die Zeit nach 1945 erlebte dagegen eine dramatische Expansion der österreichischen Wirtschaft, welche die Republik Österreich zu einem der reichsten Staaten der EU und damit der Welt überhaupt machte.

2., DURCHGES. AUFL. 2012. 616 S. 150 TAB. UND GRAF. BR. 170 X 240 MM.
ISBN 978-3-205-78880-5

„Ein Standardwerk.“

Saltzburger Nachrichten



JENS IVO ENGELS, ANDREAS FAHRMEIR,
FRÉDÉRIC MONIER, OLIVIER DARD (HG.)

**KRUMME TOUREN
IN DER WIRTSCHAFT**

ZUR GESCHICHTE ETHISCHEN FEHL-
VERHALTENS UND SEINER BEKÄMPFUNG

»Krumme Touren« in der Wirtschaft werden in der aktuellen Debatte oft bemängelt. Doch wer zieht die Grenzlinie zwischen legitimem und illegitimem Verhalten von Unternehmern und Firmen? Diese Fragestellung verfolgen die Autoren des Bandes anhand von europäischen Beispielen aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Dabei zeigt sich, dass unternehmerische Handlungsnormen weder konstant noch unumstritten waren. Die Beiträge richten den Blick auf öffentliche Kritik und Skandale, Gerichtsprozesse, unternehmerische Selbstregulierung und staatliche Maßnahmen. Dabei tritt ein Spannungsverhältnis zwischen dem Prinzip der Gewinnmaximierung einerseits und Werten wie Gemeinwohl, Transparenz oder politischen Idealen andererseits zutage.

2015. 215 S. GB. 155 X 230 MM | ISBN 978-3-412-22508-7

Mit nachlassender wirtschaftlicher Aktivität intensiviert sich die Kritik am Wirtschaftswachstum. Den vorgebrachten Argumenten begegnet man allerdings schon seit 150 Jahren. Sie sind darum nicht überzeugender geworden. Viele Autoren untermauern daher heute ihre Kritik mit der Notwendigkeit, den Schadstoffausstoß zu senken. Doch könnte sich eine zielgerichtete Umweltpolitik wirksamer erweisen, als das Starren auf den Ausstoß.

